

# Kein Bootshaus, <sup>AK</sup> 16.01.18 keine Elektroleitungen

## Gemeinderat Utting betont erneut Ablehnung gegen Bootshaus

**Utting** – Zum Dampfersteg Holzhausen sollen durch einen Schilfgürtel Elektroversorgungsleitungen gelegt werden. Geplant ist der Bau einer Niederspannungskabelanlage.

Grund für die Baumaßnahme ist der geplante und umstrittene Bau des Polizeibootshauses. Das Landratsamt forderte dazu in einem wasserrechtlichen Antrag eine Stellungnahme der Gemeinde Utting, da der Bau innerhalb des 60-Meter-Uferstreifens liegt, das heißt, die Gemeinde muss dazu gehört werden. Zahlreiche Gemeinderäte zeigten sich entschlossen, den Antrag nicht einfach nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern die Ablehnung der Gemeinde gegen das Bootshaus erneut zu betonen.

„Wir wollen das Bootshaus nicht, also wollen wir auch keine Elektroleitungen“, formulierte es Margit Gottschalk (CSU). Fraktionskollege Karl Sauter sagte, zuerst solle das Genehmigungsverfahren für das Bootshaus abgeschlossen werden.

„Wenn es genehmigt ist, dann stimmen wir zu.“ Da die Gemeinde durch die Erschließung am Verfahren beteiligt sei, hätte sie bei einer Genehmigung auch das Recht zu klagen.

Wie Bürgermeister Josef Lutzenberger betonte, müssten in der Stellungnahme sachliche Gründe gegen eine Verlegung vorgebracht werden. Umweltrechtlich habe nichts in der Hand. Die Mehrheit des Gemeinderates war dafür, ein politisches Signal zu setzen.

**Fortsetzung Seite 5**

## Bootshaus: Gemeinde betont Ablehnung

### Fortsetzung von Seite 1

In zwei Hinweisen zur Stellungnahme betonte sie, dass der Gemeinderat eine Grundsatzentscheidung gegen die Baumaßnahme Bootshaus am Holzhausener Dampfersteg getroffen habe. Außerdem würde durch das Verlegen der Leitungen ein wertvoller und wichtiger Schilfstreifen verletzt.

Wie in der Bürgerversammlung im November 2017 von Landrat Thomas Eichinger zu erfahren war, wird über den Bau des Bootshauses nicht das Landratsamt, sondern die Regierung von Oberbayern entscheiden. Die geplante Eisfreihalteanlage erfordert eine Umweltprüfung, die sich voraussichtlich über eine Vegetationsperiode erstrecken wird. Somit ist mit einer Entscheidung in naher Zukunft nicht zu rechnen.

*Dagmar Kübler*